

Willkommen!

Die Sarrazin-Debatte zeigt: Wer in Deutschland über Integration redet, spricht lieber über Defizite als über Erfolge. Dabei sagt ein aktuelles Gutachten: Es klappt deutlich besser, als viele meinen.

Von Heribert Prantl



Wie muss Zuwanderungspolitik in Deutschland sein? Vor allem neugierig und in jedem Fall optimistisch. Und sie darf sich auf keinen Fall niederwerfen lassen von einem trüchtigen Buch. Foto: imago/blickwinkel

Gut zwei Monate vor dem Sarrazin-Buch ist das Buch erschienen, auf das seit dem Sarrazin-Buch alle warten. Es hat nur 254 Seiten, ist also um etliches dünner als das Sarrazin-Konvolut; es enthält aber exakt die Informationen, die alle brauchen, die seit zwei Wochen über Sarrazin reden, schreiben und senden. Es handelt sich um das „Jahresgutachten Einwanderungsgesellschaft 2010“ samt einem „Integrationsbarometer“. Dieses Werk jammert nicht, es jubelt nicht, es schafft Deutschland nicht ab, es verwandelt das Land aber auch nicht in eine Utopia. Es ist in fast jeder Hinsicht ein Anti-Sarrazin. Es nimmt die Probleme der Integration in Deutschland Punkt für Punkt durch; es zählt auf, was funktioniert, und es benennt, was nicht funktioniert und wie es vielleicht funktionieren könnte. Das Fazit des Werkes kann die gefährliche Eigendynamik der Sarrazin-Debatte anhalten und den Rücksturz des Landes in die leicht entflammaren Zeiten der Asyldebatte verhindern. Dieses Fazit lautet: Die Integration ist besser als ihr Ruf; nach Jahrzehnten des Stillstands hat sich in den vergangenen fünf Jahren nämlich viel, sehr viel getan. Die Integration der Einwanderer in Deutschland ist glücklicherweise ein Stück weiter als die Debatte darüber.

Das ist nicht das Ergebnis einer Wunsch-„Ihr-was-Tagung an der Evangelischen Akademie in Hofheim, sondern bei aller Kritik im Detail, die auf Empirie gestützte Erkenntnis von neun Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen. Und es ist zugleich auch das Ergebnis der umfangreichen Befragungen, die sie gemacht haben: Sie haben mit 5600 Personen (mit und ohne Migrationshintergrund) gesprochen und einen „verhaltenen Integrationsoptimismus“ festgestellt. Das ist einigermaßen erstaunlich angesichts der Affekte, die in der Sarrazin-Debatte zu Tage treten. Wie passt die rasende Zustimmung zu Sarrazin zu diesem „Integrationsbarometer“? Es ist wohl so: Die detaillierte Befragung durch die Wissenschaftler hat an die Erfahrungen und das Urteilsvermögen der 5600 Gesprächspartner appelliert, die Sarrazin-Debatte aber an das Vorurteilsvermögen. Sarrazin hat soziale Abstiegsängste aktiviert und zu einer Linderung des Feindbilds Muslime gestiftet.

Thilo Sarrazin hat sein Buch mit vergiftetem Toner gedruckt.

Wer in Deutschland von Integration redet, der redet selten von ihren Erfolgen, sondern von ihren Defiziten. Die Debatte darüber erweckt den Eindruck, als seien ihr die Fälle des Misslingens der Integration sehr viel willkommener als die des Gelingens. Viele Leute, die gestern noch behauptet haben, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, klagen nun, die Integration sei gescheitert. Sarrazin hat noch eine draufgesetzt: Er suggeriert, die Integration der Muslime sei, wegen der Dummheit der Muslime, auch gar nicht wünschenswert. Er befriedigt damit eine den Medien eigene Lust an Skandal, an Desaster und Katastrophe. Er hat sein Buch mit vergiftetem Toner gedruckt. Und jede Talkshow leckt daran und prüft, ob und wie das schmeckt. Prüfen wird man ja noch dürfen. Und dann heißt es: Ganz so giftig ist das ja gar nicht, und so heißt es auch, irgendwie habe der Mann ja auch recht.

Diese Debatte zeigt vor allem: die Furchtsamkeit der Politik und ein klägliches Selbstbewusstsein der Integrationsgesellschaft. Das „Jahresgutachten Einwanderungsgesellschaft 2010“, erarbeitet unter Leitung des Migrationsforschers Klaus Bade und finanziert von acht großen deutschen Stiftungen (Mercator, Volkswagen, Bertelsmann, Freudenberg, Hertie, Körber, Vodafone und Zeit-Büros), vermag es, einen kleinen Stolz zu wecken – auf Integrations- und Sprachkurse, auf eine neue Elite mit Migrationshintergrund, auf einen breiten Mittelstand mit Migrationshintergrund und darauf, dass sowohl die Zuwanderer – als auch die Mehrheitsbevölkerung dem Integrationsgeschehen in Deutschland übereinstimmend die Note „knapp gut“ geben.

Das ist nun keine Aufforderung, die Defizite zu leugnen: Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für Migranten in Deutschland anderthalbmal höher als für alleinheimische Arbeitskräfte; in anderen europäischen Staaten ist dieses Risiko allerdings bis zu viermal so hoch. Und es fällt auf, dass sich in Deutschland, anders als in Großbritannien oder in Schweden, die Kompetenzen der Jugendlichen der zwei-

ten Einwanderungsgeneration im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund verschlechtert haben. Eine Erklärung für den geringeren Schulerfolg von Migrantenkindern sind die Strukturen des deutschen Bildungssystems: Es setzt bei den Eltern eine aktive Rolle und viel Engagement für den schulischen Erfolg ihrer Kinder voraus. Da muss man ansetzen: Die Gutachter des Einwanderungsberichts schlagen unter anderem „bundesteinheitliche Sprachstandsmessungen“ vor für Kindergartenkinder mit anschließenden Fördermaßnahmen; sie plädieren für Ganztagesangebote vor allem an den Hauptstädten, die in benachteiligten Stadtvierteln besser ausgestattet und „durch attraktive Schwerpunktsetzungen auch für die Mittelschichtfamilien anziehender“ werden sollen.

Integration ist positive Diskriminierung, positive Diskriminierung bedeutet Förderung: Kinder im Berliner Problemquartier Neukölln-Nord müssen viel mehr gefördert werden als die im feinen Zehlendorf, Schulklassen im Münchner Hasenberg müssen erheblich kleiner sein als die in Grünwald. Das sind die nächsten Schritte auf dem Weg der Integration: Problem-schulen brauchen bessere Ausstattung als andere und sie brauchen die besten Lehrer. Das kostet Geld. Ein betragtsfreier Kindergarten kostet Geld, Sprachförderung kostet Geld, Ganztageskinderkassen kosten Geld. Wenn „Du Christ“ ein gängiges Schimpfwort geworden ist an den Schulen, dann müssen Lehrer auch Sozialarbeiter sein in den Milieus, die gegen Integration wirken und in denen die Religion Ab-

grenzungsmerkmal ist. Integration heißt Schule, Schule und nochmals Schule: Die Schule ist nämlich der Ort, an dem die Welten aufeinandertreffen, mit verbaler und auch körperlicher Gewalt. Die Verwandlung des deutschen Bildungssystems in ein System der Schicksalskorrektur und in ein System der Förderung spezieller Talente ist teuer. Aber es ist noch viel teurer, dies alles nicht zu tun. Wer das Geld nicht phantasievoll in Integration investiert, wird es phantasievoll in Hartz IV und in Gefängnisse investieren müssen.

Wer nicht in Integration investiert, muss in Hartz IV investieren.

Es gibt neun Sprengregeln, um den Weg zur Integration zu verschütten. In Deutschland sind sie jahrzehntlang fast alle beherzigt worden – bis dann endlich, mit dem sogenannten Zuwanderungsgesetz vom 5. August 2004, in Kraft seit Beginn des Jahres 2005, die Straßenbauarbeiten begonnen und koordiniert wurden. Die Koordinationsstellen heißen „Integrationspipel“. Das erste dieser Treffen hat im Juni 2006 (51 Jahre nach Beginn der Anwerbung von Gastarbeitern) erstmals Bundesregierung und Vertreter der Migranten, also der Neubürger im Land, zusammengebracht. Natürlich: Es gibt Steinschläge auf dem

Weg der Integration – weil die alten Sprengregeln noch immer kursieren und weil, in echter oder vermeintlicher Not, immer wieder zu ihnen gegriffen wird.

Erste Sprengregel: Missstände sollten generalisiert und als Beweis für die Gefahren betrachtet werden, die von ethnischer Andersartigkeit ausgehen. Zweite Regel: Die Neubürger, die einen deutschen Pass haben, sollen ja nicht glauben, dass sie damit wirklich schon richtige Deutsche sind. Dritte Regel: Man sollte in den Schulen möglichst früh sortieren. Wer wenig kann, kommt in die Sonderschule oder in eine Ausländer-Spezialklasse; es ist zu teuer und zu schwierig, die Fähigkeiten und Talente von schwierigen Jugendlichen zu fördern. Vierte Regel: Wer die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrscht, ist daran selber schuld und muss dementsprechend behandelt und ausgebildet werden. Fünfte Regel: Man bleibe bei der Diskussion der Integrationsprobleme möglichst allgemein und plakativ. Sechste Regel: Man unterscheide möglichst wenig zwischen der Frage, wer künftig noch als Einwanderer nach Deutschland kommen darf und der Frage, wie diejenigen behandelt werden sollen, die schon lange da sind; Ausländer ist schließlich Ausländer. Siebte Regel: Man soll Unterschichtenprobleme möglichst als spezielle Einwanderungsprobleme darstellen. Achte Regel: Junge Ausländer, zumal in den Problemvierteln der Großstädte, sind unrettbar kriminell. Neunte Regel: Für soziale Abstiegsängste muss ein Feindbild gestiftet werden; der Islam bietet sich dafür an. Integration heißt: all diesen Schutt im-

mer wieder wegschaufeln. Das gebietet die Staatsraison, das gebietet die politische Klugheitslehre – und das verlangt die Demokratie, die ja nichts anderes ist als eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet; miteinander, nicht gegeneinander. Der Sarrazinismus ist deswegen bedrohlich, weil er den neun alten Sprengregeln eine zehnte, finale anfügt: Der Sarrazinismus behauptet, Muslime seien ebenso dumm wie lendenstark, ihre Integration sei daher nicht nützlich, sondern gefährlich. Diese Lehre führt entweder zu einem aggressiven Fatalismus oder zu einem Segregationsprogramm; sie ist der Rückfall in die Steinzeit der deutschen Einwanderungsgeschichte.

Die Wiederholung der jahrzehntelangen Irrungen und Wirrungen deutscher Ausländerpolitik wäre ein furchtbares Unglück: In den siebziger und achtziger Jahren, als schon lange feststand, dass aus Gastarbeitern Einwanderer geworden waren, hatten die Regierungen Schmidt und Kohl noch Verdrängungs- und Rückkehrprogramme aufgelegt. Statt eines Integrationsgesetzes gab es ein Rückkehrförderungs-gesetz. Das Zuwanderungsgesetz und der erste Integrationspfeil markierten dann das Ende der dümmsten Debatte der bundesdeutschen Geschichte: der Debatte darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist. Seitdem sollten eigentlich die Zeiten vorbei sein, in denen man sich lieber mit der Ausgliederung als mit der Eingliederung befasst.

Vor zehn und dann noch einmal vor fünf, sechs Jahren ist in Deutschland heftig über die „Leitkultur“ gestritten wor-

den. Anfangs wurde die Debatte auf einem so niedrigen Niveau geführt, dass man beinahe draufgetreten wäre. Das hat sich im Lauf der Debatte gebessert; sie erreichte Kopfhöhe und die Erkenntnis, dass Leitkultur nichts zu tun hat mit Heimatbrot, Sauerkraut, nationalen Überlegenheitsgefühlen oder Deutschmeilein. Leitkultur ist eine Kultur des Zusammenlebens: Leitkultur ist Demokratie und Rechtsstaat, Leitkultur sind die Grundrechte. Das klingt simpel. Der Alltag zeigt, dass es so simpel nicht ist. Diese Leitkultur fordert viel, nämlich Toleranz von beiden Seiten, von den Alt- und Neubürgern – und führt dann zur Integration. Toleranz bedeutet mitmachen, dass jeder machen kann, was er will. Toleranz heißt

Toleranz heißt nicht, dass man für alles Verständnis haben muss.

nicht Beliebigkeit, und nicht, dass man für alles Verständnis zu haben hat. Toleranz ist nichts Schrankenloses. Sie kann nur innerhalb klar definierter Grenzen existieren. Wenn diese Grenzen nicht gesetzt und nicht bewacht werden, wird aus Wohltat Plage. Toleranz nimmt niemandem seine Religion, sein Kopfkopf, seine Lebensgewohnheiten weg. Toleranz setzt aber voraus, dass die heiligen Bücher, wie immer sie heißen, nicht über oder gegen die Leitkultur gestellt werden. Auch der Koran steht nicht über dem Grundgesetz. Das ist das Fundament für die Einwanderungsgesellschaft.

Im Übrigen gilt: Homogenisieren und sterilisieren kann man die Milch, nicht die deutsche Gesellschaft. Deutschland war immer buntschickig, und es ist in den vergangenen dreißig Jahren noch buntschickiger geworden. Kulturelle Unterschiede waren und sind ein Teil von Deutschland. Wer assimilieren will, der vergeht sich also an diesem Teil deutscher Identität, und der leistet einem verdreckten Rassismus Vorschub. Hauptaufgabe der Sozialisation in der Einwanderungsgesellschaft wird es sein müssen, so sagt es das Jahresgutachten Einwanderungsgesellschaft, „Heterogenität und Differenz als Normal-lage ertragen zu lernen“. Das ist eine neue Art des Föderalismus und eine sensible Angelegenheit. Mit Haudrauf und Wegdamit und Feldzügen gegen die „Ausländerer“, wie sie vor 200 Jahren Johann Gottlieb Fichte gepredigt hat, wird nur eines erreicht: Die Minderheit flüchtet sich noch mehr in ihr Anderssein, und sie nimmt zu einer aggressiven Ethnizität Zuflucht. Das Konzept des Zuwanderungs- und Integrationsgesetzes ist ganz anders: Es wirbt um die Neubürger, es akzeptiert kulturelle Unterschiede, pocht aber darauf, dass es einen gemeinsamen Rahmen gibt für alle, für die Alt- und die Neubürger: die Grundwerte der Verfassung und die deutsche Sprache.

Die deutsche Integrationspolitik liegt in der Sarrazin-Debatte wieder am Boden; sie muss sich die Zukunft erneut erobern. Sie braucht dazu die Geistesgegenwart, wie sie einst Wilhelm der Eroberer zeigte, als im Jahr 1066 daran ging, England in Besitz zu nehmen: Er sprang mit einem Satz an Land – stürzte und lag im Dreck. Sein Gefolge wollte auf der Stelle verzagen. Wilhelm aber blieb noch ein wenig liegen, umarmte dann den Strand und rief: „So ergreife ich dich denn, Land der Angeln.“ So ähnlich sieht Integrationspolitik aus. Sie muss immer wieder aufstehen. Sie muss optimistisch sein. Sie darf sich nicht niederwerfen lassen von einem trüchtigen Buch.